

GERHARD SCHRÖDER

Carl von Ossietzky

Die Verantwortung der Wissenschaft hat einen Namen

Liebe Frau von Ossietzky-Palm, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir gedenken heute des 102. Geburtstages von Carl von Ossietzky.

Wir feiern auch den ersten Jahrestag der deutschen Vereinigung, und ich hoffe, wir feiern miteinander, daß die Carl von Ossietzky Universität nach nahezu 18 Jahren nun endlich auch offiziell diesen Namen trägt. 1972 lehnte die damalige sozialdemokratische Landesregierung den Vorschlag der Universität ab, sich nach Carl von Ossietzky zu benennen. Heute möchte ich Ihnen deutlich machen, daß ich mich nicht nur damit zufrieden gebe, eine falsche Entscheidung dieser Tragweite einfach nur wieder rückgängig zu machen. Nein, ich möchte einen Beitrag dazu leisten, daß solche Entscheidungen in Zukunft erst gar nicht mehr gefällt werden können.

Wir sollten es als gutes Omen betrachten, daß die neue deutsche Einheit am Geburtstag Carl von Ossietzkys vollzogen wurde. Ich gehöre übrigens auch zu denen, die der Meinung sind, daß das unabhängig von diesem Datum gut und richtig ist mit der Einheit. Einheit - das war Ossietzkys zentrales Thema in den letzten Jahren, in denen er noch publizieren durfte. Allerdings, nicht staatliche Einheit war es, um die er in seinen Aufsätzen kämpfte. Ihm ging es um die Einheit der Arbeiterparteien, die er beide als lebenswichtig, beide als "legale Zweige der Arbeiterbewegung" ansah, und er wollte deren Einheit, um sie gegen den erstarkenden Faschismus, gegen Diktatur, Menschenverachtung und Kriegstreiberei für

seine Zwecke und seine Auffassung von demokratischer Gesellschaft einsetzen zu können.

Carl von Ossietzky wollte Frieden. Äußeren Frieden und natürlich inneren. Carl von Ossietzky wollte Menschlichkeit, die Freiheit, Gleichheit und Toleranz einschließt. Ich will nicht spekulieren, wie Ossietzky die deutsche Einheit beurteilt hätte und das, was sich im letzten Jahr aus ihr entwickelt hat. Solche Spekulationen hat es meines Erachtens in der Vergangenheit zu viele gegeben. Ich betrachte es als eine positive Auswirkung der Einheit, daß der unsinnige Streit nun endlich ein Ende hat, welchem der beiden deutschen Staaten Carl von Ossietzky denn nun "gehört", mit welchem der beiden Deutschlands er sich identifiziert hätte.

Ich meine, mit keinem der beiden, und sicher auch nicht identifiziert im einfachen Sinne mit dem heutigen Deutschland. Denn Carl von Ossietzky ging es nie um Identifikation mit einem Staat, mit einer Gesellschaft. Es ging ihm aber auch nicht um Identifikation mit einer politischen Ideologie. Ihm ging es um das Leben der Menschen, in Deutschland, in Europa, in der Welt. Und so hätte er sowohl der Bundesregierung als auch Teilen meiner eigenen Partei gehörig die Leviten gelesen für diese unfaßbare Kampagne gegen Ausländer, deren Zusammenhang zu der menschenverachtenden Asyldebatte der deutschen Rechten in den letzten Monaten niemand leugnen kann. Es ist auch nicht richtig zu sagen, daß sich Universität und andere nicht gegen diese erbarmungswürdige, um nicht zu sagen erbärmliche Debatte gewehrt hätten. Aus der Universität und aus den demokratischen Institutionen heraus ist nicht nur gewarnt, sondern sind deutliche Worte und Zeichen gesetzt worden und das wird auch so bleiben.

Carl von Ossietzky hätte sich darüber hinaus engagiert für die neuen Bundesländer, er hätte sich gegen die dort einfallenden Geschäftemacher engagiert, er wäre gegen den oft nur mühsam unterdrückten nationalen Chauvinismus zu Felde

gezogen und hätte sich jedem Gedankenspiel um den Einsatz deutscher Soldaten außerhalb unserer Grenzen widersetzt. Soviel, denke ich, kann man ruhigen Gewissens sagen, ohne in Spekulationen zu verfallen.

Aber mehr auch nicht. Indienstnahme, von wem auch immer, hätte Carl von Ossietzky abgelehnt. Carl von Ossietzky hatte nämlich zwei Merkmale, die ihn wie keinen anderen zu einer Vorbildfigur für unsere Demokratie machen können und die ihn eben deshalb gleichzeitig jeglicher Vereinnahmung für irgendeine Partei, eine studentische Gruppierung oder einer Weltanschauung entziehen. Er hatte seinen eigenen Kopf, und er hat sein Leben lang nicht aufgehört zu denken und zu lernen, und er hätte das anderen, auch und gerade Sozialdemokraten, die seinerzeit falsche Entscheidungen getroffen haben, zugebilligt, und ich tue es auch.

Carl von Ossietzky hat sich eben nie im Besitz der endgültigen Wahrheit gesehen, und er hat auch gar nicht danach gesucht. Er hat Argumente gesucht und immer wieder geprüft und dies wirklich unvoreingenommen. Und es wäre einmal darüber zu reden, auch mit den Studentinnen und Studenten hier, was das denn wohl heißt. Er hat gute Argumente gutgeheißen, auch wenn sie von der, nach seiner Auffassung, falschen Seite kamen. Und er hat schlechte unbarmherzig kritisiert, auch wenn es ihm weh tat, derjenigen wegen, die diese Argumente benutzten. Denn allzuoft, das wußte er, kamen schlechte Argumente auch von seinen politischen Freunden.

An sich selbst hat er dabei zuletzt gedacht. Er hat die Verantwortung für Beiträge seiner Kollegen in der "Weltbühne" übernommen, hat sich - trotz drohender Gefängnisstrafe - ohne Abstriche mit diesen Beiträgen identifiziert, eben weil es ihm um Inhalte, um die Sache und letztlich um den Frieden ging. Er ist ins Gefängnis gegangen, obwohl er von staatlicher Seite zur Flucht förmlich gedrängt wurde. Nicht als Märtyrer,

sondern weil er hoffte, damit seinen Inhalten, der Sache und dem Frieden mehr nützen zu können.

Wir leben heute gewiß in anderen Zeiten. Für Ossietzkys Ideale, für inneren und äußeren Frieden zu kämpfen, braucht es sehr viel weniger Mut. Aber immer noch zu viel, wie es manchmal scheint.

Wir haben am Anfang dieses Jahres erlebt, wie Krieg plötzlich wieder gesellschaftsfähig gemacht wurde, wie das Ja zum Krieg geradezu zum Kriterium demokratischer Gesinnung erhoben wurde. Auf einmal hatten Hunderttausende von Toten als gerechter Preis für die Bestrafung eines gewiß skrupellosen Diktators zu gelten, eben weil die USA und andere den Golfkrieg für unausweichlich erklärt hatten und weil daran, nach der Auffassung vieler auch in den Medien, Kritik nicht erlaubt sein soll. Gleichgültig, wie man sein eigenes Denken und Handeln zu diesem Krieg einrichtet, wir sollten miteinander dafür sorgen, daß Kritikverbote, auch wenn sie nicht erzwungen, sondern nur nahegelegt werden, ein für allemal der Vergangenheit angehören.

Wir erleben heute, wie die unfaßbaren Vorgänge in Hoyerswerda und anderswo nicht etwa stärkere Anstrengungen zur Integration von Ausländern und Ausländerinnen zur Folge haben, sondern gelegentlich das Gegenteil: da wird selbst der Versuch gemacht, Gemeinderäte in Dörfern, die 1200 Einwohner haben, über dieses Thema so oder so zu besetzen. Mein Rat an all die, die das versuchen ist: laßt das sein! Selbst wenn Ihr einen mehr kriegt, wird es Euch nicht helfen, sondern einer Rechten in diesem Land, die gelegentlich noch schweigsam ist, die aber aus anfänglicher Schwäche über solche Debatten sehr sehr stark werden könnte. Eine verstärkte Ausgrenzung ist die Folge dieser Debatte, weil die Stimmung in der Bevölkerung scheinbar so ist. Und ich will überhaupt nicht bestreiten, daß diese Form von Zurückweichen quer durch die Parteien geht und auch in meiner eigenen

gelegentlich anzutreffen ist.

"Das ist das Erschütternde an dem gegenwärtigen Zustand", schrieb Ossietzky 1932 in einer sicherlich völlig anderen Situation: "Nicht der Faschismus siegt, die andern passen sich ihm an. In so entscheidenden Phasen wie heute kommt es nicht auf Angleichung und Schutzfärbung an, sondern auf die Herausarbeitung des konsequenten Gegentyps der herrschenden Mächte."

Carl von Ossietzky hat sich diese Schutzfärbung nie zugelegt, er hat sich nie auf taktische Winkelzüge eingelassen, und er ist deswegen auch mit den Sozialdemokraten gelegentlich heftig aneinandergeraten: so 1928, als Reichskanzler Hermann Müller den Bau des "Panzerkreuzer A" genehmigte, nachdem die SPD den Reichstagswahlkampf unter anderem mit der Parole "Schulspeise statt Panzerschiffe" gewonnen hatte, und so 1932, als die SPD bei der Wahl des Reichspräsidenten den Kandidaten Hindenburg unterstützte. Ossietzky rief zur Wahl von Thälmann auf, weil es, wie er schrieb, einen "akzeptablen Sozialdemokraten", den er gern gewählt hätte, als Kandidaten nicht gab.

Solche Menschen, denke ich, fehlen uns heute, uns allen, die Regierenden eingeschlossen. Menschen, die keine Parteipolitiker sind und sich dennoch in die Politik einmischen. Die nicht eine Partei für sich denken lassen, sondern eigene Überzeugungen haben und diese eben auch bei Gegenwind verfechten.

Vielleicht war es diese Autonomie im Denken, die Carl von Ossietzky klarer als andere die Gefahren des Faschismus hat erkennen und beschreiben lassen. Mit Sicherheit war es diese Autonomie im Denken, die ihn für die Nazis so unendlich gefährlich gemacht hat. Er hat dafür im Konzentrationslager mit unmenschlicher Folter und schließlich mit seinem Leben bezahlt. Es war diese Unbeugsamkeit im Denken und Handeln,

die ihn im Ausland zum Symbol für das andere, für das demokratische Deutschland werden ließ.

Ein einziges Mal nur gelang es in diesen ersten Jahren des Hitler-Faschismus, Menschen in der ganzen Welt zu einer gemeinsamen Kampagne gegen die Diktatur zu mobilisieren. Das zu ermöglichen, bedurfte es einer Person von der Statur Carl von Ossietzkys. Ihm den Friedensnobelpreis zu verleihen, war das Ziel dieser Kampagne - und sie war letztlich erfolgreich.

Bei alledem, und das gehört auch in so eine Veranstaltung, sollten wir aber eins nicht vergessen: Ossietzky war kein Heiliger. Er wollte auch kein Held sein. Deshalb sollten wir auch nicht versuchen, ihn zum Heiligen zu machen, denn er wollte das nicht sein. Damit nutzen wir nämlich weder ihm, noch seinem Andenken. Mir jedenfalls ist dieser Mensch Ossietzky, bei aller Bewunderung für seine historischen und publizistischen Leistungen, als solcher ungeheuer sympathisch: denn er war alles andere als ein Politruk - er hat gelebt, und das wird gelegentlich manch einem von uns ja auch nachgesagt. Damit will man uns treffen, kann man aber nicht. Er hat politische Kommentare ebenso geschrieben wie Liebesgeschichten und Theaterrezensionen. Er hat Analysen von unvergleichlichem Scharfsinn verfaßt, aber er hat Artikel zum Beispiel über die Frauenbewegung verfaßt, die von einer solch hanebüchernen Voreingenommenheit sind, daß selbst der Deutsche Hausfrauenbund, mich eingeschlossen, sie ihm heute um die Ohren hauen würden. Er wollte Lehrer werden, und er hat es nicht ganz bis zur Mittleren Reife gebracht. Er hat sich als Politiker versucht und hat sogar eine Partei zu gründen versucht. Er ist damit jämmerlich eingebrochen. Er hat sich um seine Tochter viel weniger gekümmert, als das ein Vater vielleicht tun sollte, aber wer sagt das hier, und im Gefängnis plagte ihn nicht nur Folter und Unterdrückung, sondern auch ein anderes Problem: daß er nicht rauchen durfte.

Ein unvergleichliches Vorbild mit solch menschlichen Zügen und Fehlern - ich meine, das macht ihn erst recht geeignet als Namenspatron für eine Universität, die ja auch nicht den Anspruch auf Fehlerfreiheit erheben sollte und erheben darf, und man sollte das vielleicht auch gar nicht von ihr einfordern. Es bliebe ja so wenig, wogegen man zu kämpfen hätte.

Natürlich läßt sich die Frage, die von der Vertreterin des ASTA auch gestellt worden ist, nicht umgehen. Ich will das auch gar nicht tun. Hat Peter von Oertzen das, was ich eben gesagt habe, eigentlich alles nicht gewußt, als er 1972 als Kultusminister das Votum des Gründungsausschusses ablehnte, der Universität Oldenburg den Namen Carl von Ossietzkys zu geben? Ich denke, Peter von Oertzen ist klug genug, als daß er sich darauf niemals berufen würde. Er könnte es auch nicht. Er hat es natürlich auch gewußt. Vielleicht nicht alles, denn in der Nachkriegszeit galt Ossietzky nicht allen Sozialdemokraten als Leitfigur. Schließlich hatte er die SPD immer wieder deutlich, hart und konsequent angegriffen.

Aber Peter von Oertzen hat eigentlich nie Berühungsängste gegenüber unabhängigen Linken gehabt. Ihm ging es, so habe ich gelesen, um etwas anderes. Er kann, da ist er fast ein Hanseat, mit Orden und Ehrenzeichen nichts anfangen. Und so, so ist mir beschrieben worden, entschied er nicht gegen Carl von Ossietzky, sondern gegen eine Namensgebung überhaupt, weil jeder Name für eine Universität ihm hohl und nichtssagend erschien. Ich habe über diese Passage nachgedacht und habe mich gefragt, ob ich sie vortragen soll, weil es ja sicher nur die halbe Wahrheit ist. Ich glaube, daß das ein Teil der Entscheidung war. Ein anderer Teil war das Zurückweichen vor einer befürchteten Kampagne hier in Oldenburg. Ich denke, das was seinerzeit hier entschieden worden ist, hat es woanders übrigens auch gegeben. Ich erinnere an Bremen, wo die dortige Universität nach August Bebel benannt werden sollte. Kein schlechter Name für eine Universität würde ich noch immer sagen. Gleichwohl ist die Sache, als man sich von

Seiten des Staates weigerte, einfach in Vergessenheit geraten. Ganz anders als hier. In Oldenburg war das nämlich nicht der Fall. Der Namensvorschlag war eben keine Eintagsfliege. Sie haben ihn ernst gemeint und als Verpflichtung verstanden. Das nicht bemerkt zu haben, kann man zwar nicht von Oertzen vorwerfen, wohl aber seinem Nachfolger im Kultusministerium Joist Grolle, der übrigens aus Oldenburg kam. Unter seiner Verantwortung kam es zu jener Aktion, die weltweite Proteste hervorrief: unter dem Schutz von 200 Polizeibeamten wurde der Schriftzug "Carl von Ossietzky Universität" von Ihrem Allgemeinen Verfügungszentrum entfernt.

Es war eine beschämende Aktion. Ich kann es mir leicht machen, weil ich es damals schon so gesehen habe. Aber das war wohl auch mehr altersbedingt. Wenn ich seinerzeit in der Regierung gesessen hätte, hoffe ich heute, anders gehandelt zu haben, aber ob es so gekommen wäre - wer weiß? Ich hoffe es. Und ich glaube, kein anderer hat sich später mehr über die beschämende Aktion geärgert, als Joist Grolle selbst. Die, die ihn kennen und wissen, was für ein wirklich liberaler und offener Geist er ist, werden es ihm abnehmen, wenn er sagt, daß er eigentlich heute noch unter der Entscheidung leidet. Er hat - in sehr aufrichtiger Art, wie ich finde - Jahre später versucht, die Entscheidung zu erklären. Vordergründig sei es die Angst um die Ein-Stimmen-Mehrheit der damaligen sozialliberalen Landesregierung gewesen, schreibt Grolle. Die FDP hatte unter der Drohung des Koalitionsbruchs die Entfernung des Schriftzuges verlangt, und die SPD hatte ihr im Juli 1975 nachgegeben.

Damit allein freilich ist diese fatale Aktion nicht zu erklären. Grolle hat das auch nicht versucht. Er sagt selbst, daß er damals von dieser Namenswahl nicht überzeugt war. Angesichts der massiven Proteste von Bürgervereinen gegen die Namensgebung fürchtete er, Ossietzkys Name könnte in der lokalpolitischen Auseinandersetzung verschlissen werden, und daß

man darin auch in Oldenburg verschlissen werden kann, wissen die Kundigen.

"Für solche Besorgnis sprach", schreibt er, "daß es in der Tat verwegener war, ausgerechnet in Oldenburg, wo seit eh und je eher Grünkohlkönige als Republikaner regieren, das Panier Ossietzkys aufzupflanzen." Daß dieses Argument wenig überzeugend ist, hat Grolle selbst eingesehen. "Wichtiger ist", schrieb er 1984, "daß die Demokraten in unserem Land gemeinsam das politische Erbe Ossietzkys weitertragen. Solcher Bemühung hätte die Namensgebung in Oldenburg eine Breche schlagen können. Gerade die Befremdung, auf die der Name Ossietzky in einem konservativen Umfeld stieß, hätte eine Herausforderung sein können, dem KZ-Häftling Ossietzky in Oldenburg Bürgerrecht zu erstreiten."

Soweit die Überlegungen von Joist Grolle. Wir brauchen ihm keine Vorwürfe mehr zu machen: er hat sie sich genügend selbst gemacht und hätte nichts lieber getan, als seine damalige Entscheidung rückgängig zu machen. Aber dazu hatte er keine Gelegenheit mehr. Denn auch hier erwies sich, wie recht Carl von Ossietzky mit seiner Ablehnung taktischer Winkelzüge hatte: nur ein halbes Jahr nach dem Polizeieinsatz gegen Ossietzkys Namen hier in Oldenburg verlor die seinerzeitige Koalition ihre Mehrheit dennoch. Gegen die Dunkelmänner, die sich bis heute nicht zu erkennen gegeben haben, halfen Winkelzüge taktischer Art überhaupt nicht, wie die Landesgeschichte bewiesen hat.

Mir ist bewußt, daß diese Überlegungen unbefriedigend bleiben, weil sie den beschämenden Vorgang kaum erklären, geschweige denn entschuldigen können. Ich möchte deshalb diese Feier benutzen, um mich bei Ihnen, Frau von Ossietzky-Palm, namens der Niedersächsischen Landesregierung in aller Form für das zu entschuldigen, was das Land Niedersachsen dem Namen Ihres Vaters angetan hat.

Ich wünsche mir, daß Sie diese Entschuldigung annehmen, trotz aller Kränkungen, die Ihnen bis heute widerfahren sind und anderswo noch widerfahren. Daß das Berliner Kammergericht vor wenigen Wochen Ihren Antrag abgelehnt hat, das Landesverrats-Urteil gegen Ihren Vater aufzuheben, beschämt mich sehr, auch als Juristen. Aber das zu ändern, steht leider nicht in meiner Macht. Ich würde es sonst gerne tun.

In den Schriften Ihres Vaters findet sich der Satz: "Wie man später von uns denken wird, ist ebenso wichtig wie, daß man an uns denken wird. Darin liegt unsere Zukunft. Ein Deutschland, das an uns denkt, wird ein anderes Deutschland sein."

Ich denke, es gibt dieses Deutschland, und es hat es eigentlich immer gegeben. Ich will hier für unser Land Niedersachsen sprechen: dies Land galt lange Jahre als ein bißchen muffig und von Skandalen geprägt. Aber dieses Bild war unwirklich. Es entsprach vielleicht gelegentlich dem der Politik, nie aber dem der Menschen in diesem Land. Nehmen Sie den Radikalenerlaß, unter dem auch diese Universität Oldenburg sehr gelitten hat. Daß wir ihn im letzten Jahr als eine der ersten Amtshandlungen der neuen Regierung aufgehoben haben, ist heute schon fast vergessen, und das ist gut so. Denn es zeigt mir, wie aufgepfropft dieser unselige Erlaß war, wie fremd er der freiheitlichen Grundeinstellung der Menschen in Niedersachsen eigentlich immer gewesen ist.

Die gleiche Erfahrung machen wir auf allen Politikfeldern. Ob es um Kindergärten, um Umweltschutz, um Frauen- und Entwicklungspolitik, aber auch um Wirtschaftspolitik geht: das Land ist voll von Initiativen, von engagierten, toleranten und weitsichtigen Menschen. Wir müssen ihnen nur miteinander den Raum erkämpfen und uns selber, um Entfaltung möglich zu machen.

Die Carl von Ossietzky Universität ist das beste Beispiel dafür. Denn es hat sich keineswegs als "verwegen" erwiesen, in Oldenburg das Panier Ossietzkys aufzupflanzen. Diese Stadt,

in der angeblich die Grünkohlkönige regieren, hat Carl von Ossietzky angenommen. Nicht nur dadurch, daß sie eine Straße nach ihm benannt hat. Sie vergibt den Carl von Ossietzky-Preis, und auch der Gedenkstein mit der fürchterlichen Inschrift auf dem Lagerfriedhof bei Esterwegen ist ersetzt worden.

Ich weiß, das ging alles nicht von allein. Das ist zum Teil gegen die, die staatliche Macht ausüben, erkämpft worden. Aber so soll es in der Demokratie sein. Sie haben mit Ihren Demonstrationen und Ausstellungen, mit Carl von Ossietzky-Tagen und Publikationen den Namen Carl von Ossietzky einer breiten Öffentlichkeit vertraut gemacht. Die Universität hat mit ihren Forschungen ein neues Bild des Nobelpreisträgers zutage gefördert, und die Universität ist inzwischen weit über diese eine Person hinausgegangen, von der Ossietzky-Forschung zur Forschung im Sinne Carl von Ossietzkys: zur Friedensforschung.

Sie werden es bemerkt haben: ich nehme für meine Partei in Anspruch, was ich vorhin an Carl von Ossietzky gelobt habe. Auch wir sind in der Lage zu lernen, und wir brauchen das auch. Mehr noch, wir bemühen uns darum. Als Beweis dafür mögen Sie den Weg nehmen, den wir gewählt haben, um den Namensstreit ein für allemal zu den Akten zu legen. Hier ist auch eine Forderung von der Vertreterin des ASTA erfüllt worden, von der wir, als wir handelten, noch gar nicht wußten, daß der ASTA diese Forderung hatte.

Wir hätten die Entscheidungen der vorigen Landesregierungen einfach revidieren können. Wir hätten der Universität einfach erlauben können, sich nach Carl von Ossietzky zu benennen. Eine solche "Erlaubnis" hatte aber für die Ministerin und auch für mich den Ruch eines Gnadenaktes von oben, und wir hielten dies miteinander für unangebracht.

Denn die vorige Landesregierung hatte den Namensstreit zu einer Grundsatzfrage von Recht und Ordnung gemacht. Ernst

Albrecht ging es nach eigener Aussage gar nicht um Ossietzky, er nannte es sogar denkbar, daß die Landesregierung eine Universität nach Carl von Ossietzky benennt. Ihm ging es - ich zitiere - "darum, daß die Namensgebung einer Hochschule Sache des Staates ist und nicht Sache von Universitätsgremien. Wir verlangen von den Universitäten, daß sie das Recht des Staates respektieren."

Genau hier aber liegt der entscheidende Unterschied. Ich halte es für falsch, daß der Staat eine solche Frage überhaupt entscheiden will und dann auch noch gegen den Willen der Universität. Meine Überzeugung ist: der Staat hat Wissenschaft und Kunst zu fördern, nicht zu beurteilen und nicht zu reglementieren. Unter welches Motto eine Universität ihre Arbeit stellt, kann und darf nicht von der staatlichen Bürokratie entschieden werden.

Wir haben deshalb das Niedersächsische Hochschulgesetz geändert. Wir haben das Recht zur Namensgebung per Gesetz der Landesregierung aus der Hand genommen und es an die Universitäten gegeben. Und Sie, die Gremien der Universität, haben nun selbst entschieden, sich den Namen Carl von Ossietzky Universität zu geben. Das, meine ich, ist nicht nur eine würdige Lösung dieses alten, elenden Konfliktes, sondern für die Zukunft eine sinnvolle zudem. Denn für diese Landesregierung ist Hochschulautonomie kein leeres Schlagwort.

Wenn es dennoch eines Beweises bedurft hätte, daß Hochschulen aus eigener Kompetenz zu fundierten und für die Gesellschaft nützlichen Entscheidungen in der Lage sind - die Carl von Ossietzky Universität hat diesen Beweis geliefert, übrigens nicht nur in der Namensfrage. Eines möchte ich den Studentinnen und Studenten auch sagen: was immer mit der Taube passiert - macht das in der Hochschule mit Euch aus und laßt uns da raus.

Wir werden deshalb noch mehr tun. Mit der Novelle zum Niedersächsischen Hochschulgesetz, für die das Wissenschaftsministerium gerade ein erstes Diskussionspapier vorgelegt hat, wollen wir die Autonomie der Hochschulen auch in anderen Bereichen erweitern, vor allem in Finanzfragen und bei der Planung neuer Studiengänge.

Wenn ich mir die Entwicklung Ihrer Universität und die Pläne der Landesregierung anschau, dann denke ich, haben wir eine gute gemeinsame Basis. Da fließt vieles zusammen, was sich für die Zukunft der Universität und das Wohl des Landes nutzen läßt. Ich möchte einige Punkte nur sehr kurz nennen.

Sie haben draußen auf dem Mahnmal einen Satz von Ossietzky aufgeschrieben: "Wissenschaft und Technik waren nicht in erster Linie da, zu helfen. Sie schufen Werkzeuge der Vernichtung, Werkzeuge gräßlichsten Mordens. Wir müssen die Wissenschaft wieder menschlich machen." Dieser Satz beschreibt die Verantwortung der Wissenschaft so, wie wir sie im neuen Niedersächsischen Hochschulgesetz definieren wollen. Nach unserer Vorstellung soll in dem Gesetz deutlich werden: wissenschaftliche Arbeit darf nur und muß friedlichen Zwecken dienen.

Ich sage dazu: wir werden diesen Satz nicht von oben beschließen. Wir werden diese Frage mit allen Hochschulen diskutieren. Denn eins ist klar: einen solchen Anspruch kann man nicht dekretieren wollen, der muß gelebt werden, der muß akzeptiert sein. Er läßt sich eben nur per Überzeugung durchsetzen. Aber diese Überzeugung wollen wir im Dialog mit den Betroffenen schaffen, und ich denke, daß wird der Tradition dieser Universität und ihrem Namenspatron wirklich gerecht.

Ein zweiter Punkt liegt mir aus einer sehr persönlichen Lebenserfahrung am Herzen: Niedersachsen war, was den Hochschulzugang für Nicht-Abiturienten angeht, lange Zeit führend unter den Bundesländern. Meine eigene schulische

Karriere verlief so, daß ich es auch nicht bis zur Mittleren Reife geschafft hatte und das abends nachmachen mußte. Das hatte vielleicht andere Gründe, aber die Erfahrung, daß auch Leute mit einer etwas ungewöhnlicheren Schulkarriere auf Hochschulen passen ist eine, die ich selbst gemacht habe und die ich gerne vermitteln möchte. Daß in Oldenburg trotz restriktiver Gesetzgebung heute immer noch weit mehr Nicht-Abiturienten studieren als im Durchschnitt der niedersächsischen Universitäten, spricht für Ihr Engagement in dieser Frage. Ich kann Ihnen hier sagen, daß wir mit der Novelle zum Niedersächsischen Hochschulgesetz (NHG) die Studienmöglichkeiten für Berufstätige ohne Abitur wieder verbessern wollen und verbessern werden.

Dritter Punkt: Sie haben der Erwachsenenbildung von Anfang an eine zentrale Rolle in Ihrer Universität eingeräumt und dabei eine Spitzenstellung unter den deutschen Universitäten erreicht. Damit haben Sie einen Teil der Bildungspolitik dieser Landesregierung bereits vorweggenommen, die unter dem Leitsatz steht: "Jeder Mensch hat das Recht, ein Leben lang zu lernen." Übrigens, die meisten müssen das auch. Mit der NHG-Novelle wollen wir die Weiterbildung ausdrücklich zur Aufgabe aller Hochschulen machen. Sie ist der Prüfstein, ob wir es ernst meinen mit der Öffnung der Hochschulen und mit ihrem Beitrag zur gesellschaftlichen Entwicklung.

Für mich versteht es sich von selbst, daß dazu auch die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften gehört, die Sie von Anfang an gesucht und - gegen massiven Widerstand - durch ein Kooperationsabkommen mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund institutionalisiert haben. Daß hier in den Betrieben nicht nur bewährte Arbeiterführer geholfen haben, sondern selbst Theologen sich auf einen anderen Weg gemacht haben, ist vielleicht dem einen oder anderen nicht bekannt.

Wir wollen die wirtschaftliche Entwicklung vor allem durch den Abbau der gravierenden Defizite fördern, die das Land

bisher im Umweltschutz und insbesondere bei der Umweltproduktion und in den Umweltinvestitionen aufwies. Besonders angetan bin ich deshalb in diesem Zusammenhang von Ihrem neuen Studiengang "Ökologie/Umweltwissenschaft" für Berufstätige. Vor allem deshalb, weil er uns, der Landesregierung, helfen wird - helfen auf ungewöhnliche Weise, durch Ärger nämlich. Denn er wird - unter anderem - Bürgerinitiativen und Umweltverbände in die Lage versetzen, unsere Politik noch kritischer zu begleiten, als das bisher schon der Fall ist. Das ist gut so, denn gerade in der Umweltpolitik bauen wir bewußt auf die Diskussion - und den Streit - mit denen, die sich der Themen in außerparlamentarischen Bereichen annehmen. Je mehr Sachverstand dort versammelt ist, um so positiver werden die Ergebnisse für unser Land sein.

Lassen Sie mich einen letzten Punkt ansprechen, was die eindrucksvolle Liste der Leistungen angeht, der mich als gelegentlicher Freizeitsportler besonders interessiert. Sie haben in Oldenburg - auch das gegen erhebliche Widerstände - Sporteinrichtungen für alle geschaffen. Sportstätten, die leicht erreichbar und für jeden zugänglich sind. Sie haben bei der Gestaltung der Hallen dem Spaß am Spiel Vorrang vor der Spitzenleistung gegeben. Eine Universität, die Spaß macht? Das ist beinahe unglaublich, aber unglaublich gut.

Mir ist bewußt, daß Sie mehr wollten. Daß viele Ihrer Reformansätze in der zermürbenden Auseinandersetzung mit uns und mit der Bürokratie in Hannover auch auf der Strecke geblieben sind.

Sie, Herr Lüthje, haben in Ihrem Resumee zum zehnjährigen Bestehen der Hochschule bitter angemerkt: "Ihre Entwicklung verdankt (die Universität Oldenburg) nicht allein einer fördernden Politik des Landes. Einen wesentlichen Teil des erreichten Entwicklungsstandes hat die Universität mit

Unterstützung der Region gegen massive Widerstände durchsetzen müssen." Sie haben das sehr höflich formuliert.

Wer die Ziele kannte, mit denen das Land im Jahre 1972 die Gründung der Reformuniversität Oldenburg initiierte, konnte auch manchmal enttäuscht sein. Es begann mit dem Verbot der Drittelparität im Gründungsausschuß durch das Bundesverfassungsgericht. Es ging weiter mit den reformorientierten Prüfungsordnungen, die dem überraschenden Regierungswechsel 1976 zum Opfer fielen. Es folgten weitere Eingriffe in das Selbstverwaltungsrecht der Universität und schließlich die extensive Beschneidung dieses Rechtes durch das Hochschulgesetz, das wir jetzt novellieren wollen. Das erfolgreiche Reformmodell der einphasigen integrierten Lehrerbildung wurde zerschlagen, und die Aufbauplanung für die Universität begann immer wieder von vorn, weil die Planzahlen für die Studienplätze fast jährlich nach unten korrigiert wurden.

Um so erstaunlicher ist es, welchen Entwicklungsstand die Universität in diesen Jahren erreicht hat. Das beste Zeugnis, denke ich, haben ihr die Studentinnen und Studenten selbst ausgestellt, indem sie hier sind.

Natürlich bedeutet dies auch eine enorme Verpflichtung für die Landesregierung. Wir haben uns das ehrgeizige Ziel gesteckt, in den nächsten acht Jahren 15.000 neue Studienplätze in Niedersachsen zu schaffen, die Hälfte davon an den Universitäten. Das Entwicklungsprogramm für die Fachhochschulen ist bereits verabschiedet, das Programm für die wissenschaftlichen Hochschulen ist in Arbeit.

Ich kann Ihnen deshalb heute nicht endgültig sagen, wieviele dieser neuen Studienplätze auf die Carl von Ossietzky Universität entfallen werden. Aber wir verstehen dieses Hochschulentwicklungsprogramm unter anderem als Chance für die jungen Universitäten, ihre Aufbauphase endlich abzuschließen. Wir knüpfen daran an, was wir 1976 begonnen

haben. Und ich denke, es ist nicht zu viel verlangt, daß hinter diesem Ziel für eine gewisse Zeit auch einmal der eine oder andere Wunsch der alten, traditionsreichen Universitäten zurückstehen muß.

Ich glaube, wir haben diesen Willen in den letzten Monaten auch deutlich gemacht. Wir haben beschlossen - und daran ist nicht mehr zu rütteln -, daß die Carl von Ossietzky Universität zusätzlich einen Fachbereich Ingenieurwissenschaften bekommt. Die Einrichtung des Instituts für Chemie und Biologie des Meeres ist auf dem Weg - die Wissenschaftsministerin hat letzte Woche den ersten Spatenstich für das neue Gebäude getan. Wenige Tage davor hat die Erwachsenenbildungsforschung mit dem Archiv für Erwachsenenbildung beim Wolfgang-Schulenberg-Institut eine wesentliche Bereicherung erfahren.

Persönlich freue ich mich besonders, daß wir im Sommer nach der Carl von Ossietzky-Forschungsstelle auch eine Kurt-Tucholsky-Forschungsstelle in Oldenburg einrichten konnten. Der Carl von Ossietzky Universität eröffnet sich damit die Chance, zu einer richtungweisenden Einrichtung der Friedensliteratur zu werden. Diese Chancen haben Sie sich erkämpft - und verdient - durch eine Dickköpfigkeit, wie man sie selbst von Oldenburgern nicht ohne weiteres erwarten konnte. Dazu beglückwünsche ich Sie.

Wir beenden heute einen Streit, der Sie neunzehn Jahre lang auf höchst unerfreuliche Weise beschäftigt hat. Wir werden in Zukunft in anderen Fragen Streit haben - die Landesregierung mit der Universität und ihren Angehörigen. Das garantiert schon allein die Ebbe in der Landeskasse. Aber gehen Sie davon aus, daß die Landesregierung mit Ihnen gemeinsam das Ziel hat, die Aufbauphase der Universität zu einem erfolgreichen, schnellen Abschluß zu bringen.

Ich möchte mich am Schluß bei Ihnen dafür bedanken, daß sie sich so konsequent den Entscheidungen auch von Landes-

regierungen widersetzt haben - im Namensstreit wie in weiteren Ihre Universität betreffenden Fragen. Sie haben damit sich selbst, der Universität und auch dem Land Niedersachsen einen großen Dienst erwiesen.

Und ich möchte das deshalb mit der Bitte verbinden: gehen Sie diesen Weg weiter. Scharfsichtig, unbeugsam und menschlich zugleich - ganz so, wie es Carl von Ossietzky getan hätte.